



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/V/115

Vom Parteitag Hamburg (1)

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 53  
Hamburg, 20. Mai 1950

## Hinweise auf den Inhalt:

Die Europa-Konzeption der SPD	S.1
Zusammensetzung des Parteivorstandes Neugliederung, Veränderungen	S.3
Anträge und Entschliessungen	S.3
Von der Massenarbeitslosigkeit zur Voll- beschäftigung	4
Das wirtschaftspolitische Thema des Parteitages	S.4

## Die Europa-Konzeption der SPD

sp. Hamburg, 20. Mai

Schon die vorbereitenden Sitzungen des Parteivorstandes und des Parteiausschusses im Hamburger Gewerkschaftshaus am Freitag und Sonnabend machten klar, dass der diesjährige Parteitag der SPD starke aktuelle Akzente von der aussenpolitischen Situation her erhalten werde. Eintritt in den Europarat, Saarproblem und Schuman-Plan sind die Fragen im einzelnen, das übergeordnete Generalthema heisst: Europa. Dass daneben die innerpolitischen sowie die wirtschafts- und sozialpolitischen Anliegen der Partei in unverminderter Bedeutung weiter bestehen, versteht sich fast von selbst, angesichts der Politik einer Regierung, die zu den sozialdemokratischen Vorstellungen im schroffen Widerspruch steht.

Sowohl vor dem Parteivorstand, als auch vor dem Parteiausschuss entwickelte der Vorsitzende, Dr. Kurt Schumacher, in grossen Zügen seine politischen Auffassungen, wie gesagt, vor allem im Hinblick auf die europäische Konzeption. Sie werden ihren Niederschlag in dem grossen Referat Schumachers am Montag vormittag finden, zum Teil sind sie bereits durch ihn in ausführlichen Antworten auf Fragen formuliert worden, die in einer Pressekonferenz am Freitag nachmittag gestellt wurden. Es wird, das lässt sich heute schon sagen, kaum irgend welche besonderen Überraschungen oder gar Sensationen geben,

wenn nicht unvermutete Dinge sich ereignen, womit aber nicht zu rechnen ist.

Die Linie der Partei in allen entscheidend wichtigen Fragen liegt fest - allein beim Schuman-Plan besteht sie weder in einem klaren Ja, noch in einem bestimmten Nein, einfach, weil der Inhalt dessen, was von französischer Seite vorgesehen ist, bisher im einzelnen noch nicht bekannt wurde. Dieser französische Vorschlag ist, so teilte Dr. Schumacher mit, von den Franzosen selbst als ein ausgesprochen politischer Schritt gedacht und auch Paul Reynaud hat das in Gesprächen mit massgebenden sozialdemokratischen Politikern ausdrücklich bestätigt. Dr. Schumacher wandte sich deshalb entschieden gegen die Versuche - und er wird das voraussichtlich auch in seinem Referat tun - das Schwergewicht bei der Behandlung des Schuman-Projektes auf ein Sachverständigen-Gremium zu verlagern.

Der Vorsitzende der SPD erinnerte an die schlechten Erfahrungen der deutschen Demokratie mit Experten, die in den meisten Fällen doch immer vorwiegend Interessenten blieben, mit dem Bestreben, ihre Suprematie zu verankern. Den Schuman-Plan mit diesem Vorzeichen versehen, würde heissen, seine Grundidee in ihr Gegenteil verkehren. "Wir kämpfen", so erklärte Schumacher, "gegen die Profanierung des Begriffs Europa durch Geschäftemacher jeder Art". Es komme darauf an, durch ein Maximum an europäischer Gesinnung und Bewährung sich die Legitimation zu erhalten, bei der kommenden Realisierung eines zusammengeschlossenen Europas entscheidend mitzuwirken. Ein Nebeneinander der Ruhrbehörde und des Schuman-Planes hält Dr. Schumacher für unmöglich.

Strassburg als politische Einrichtung befinde sich, so sagte Schumacher, bereits heute in einer Periode schrumpfender Bedeutung, ehe es noch richtig in Aktion getreten sei. Die eigentlichen Entscheidungen werden nach ihm nicht im Strassburger Vorzimmer, sondern in der Institution fallen, die Bidault den "Hohen Rat des atlantischen Friedens" genannt hat. Schumacher erklärte: "Wenn man eine Konzeption der Zurückdämmung des Kommunismus in der Welt hat, dann darf man sich nicht mit dem Aufbau eines Europa begnügen, das wesentlich schwächer ist als es sein könnte und den kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern im Grunde mehr Chancen gibt, als sie vorher besaßen. Wir müssen uns auch entschieden dagegen wehren, dass die Diskussion um den Europarat so geführt wird, als ob die Schaffung Europas hauptsächlich oder gar allein unter deutsche Verantwortung falle. Tatsächlich muss sie sich unter der Verantwortung aller europäischen Staaten vollziehen."

Zusammensetzung des Parteivorstandes

sp. Hamburg, 20.Mai

Zu der für Dienstag vorgesehenen Wahl des Parteivorstandes liegt ein Antrag vor, nach dem der Parteivorstand aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, vier besoldeten Mitgliedern und 24 unbesoldeten Beisitzern bestehen sollte. An der Zahl von 30 Mitgliedern wird also nach diesem Antrag festgehalten, statt bisher fünf würde es aber künftig nur vier besoldete Mitglieder, d.h. Angehörige des geschäftsführenden Vorstandes, neben dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter geben. Es ist damit zu rechnen, dass Herbert Kriedemann aus dem geschäftsführenden Vorstande ausscheidet, da er durch seine Tätigkeit und insbesondere die Ausschussarbeit in Bonn voll in Anspruch genommen wird. Offenbar soll davon abgesehen werden, für ihn einen Nachfolger zu wählen. Als Kandidaten für die durch den Tod von Ernst Gnoss, Düsseldorf und das Ausscheiden auf eigenen Wunsch von Dr.h.c.Grimme freiwerdenden Plätze im Vorstand werden unverbindlich genannt: Hermann Veit, Wirtschaftsminister von Württemberg-Baden, Bruno Leddin, Hannover, M.d.B., Luise Alberte, M.d.B. und der niedersächsische Flüchtlingsminister Pastor Heinrich Albertz.

- o - c -

Anträge und Entschliessungen

sp. Hamburg, 20.Mai

Am Montag tritt der Parteitag der SPD in Hamburg mit dem politischen Hauptreferat des Vorsitzenden der Partei, Dr.Kurt Schumacher, in die eigentliche politische Arbeit ein, nachdem die Tage vorher der internen Vorbereitung bzw. der politischen Repräsentation gewidmet waren, die ihren Höhepunkt in der internationalen Kundgebung vom Sonnabend abend hatte. Neben den vier Referaten von Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer, Hermann Veit und Carlo Schmid und der Aussprache darüber werden eine grosse Anzahl von Anträgen und mehrere Entschliessungen dem Parteitag zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Sie beziehen sich u.a. auf die Lage in der Sowjetzone, die Kriegsgefangenenfrage, die stärkere Koordinierung der verschiedenen leitenden Parteigremien in Fragen der Gesamtpolitik, die Vorschläge der SPD für den Übergang von der Massenarbeitslosigkeit zur Vollbeschäftigung, auf ein agrarpolitisches Aktionsprogramm der

SPD und eine Reihe spezieller Wünsche aus den Bezirken und Unterbezirken der Partei zu verschiedensten Fragen. Ausserdem soll der Parteitag den vom Parteivorstand und Parteiausschuss beschlossenen Entwurf eines neuen Organisationsstatutes bestätigen.

- o - o -

Von der Massenarbeitslosigkeit zur Vollbeschäftigung

sp. Hamburg, 20. Mai

Zu den wirtschaftspolitischen Fragen wird auf dem Parteitag der SPD Hermann Veit, Wirtschaftsminister von Württemberg-Baden, Stellung nehmen. Zu seinen Ausführungen liegt ein vom Wirtschaftspolitischen Ausschuss der SPD ausgearbeiteter Vorschlag vor, der dem Parteitag zur Annahme empfohlen wird.

In dem Vorschlag wird einleitend festgestellt: Seit der Währungsreform liege eine neue wirtschaftliche Fehlentwicklung vor, die gekennzeichnet sei durch eine für den nächsten Winter besonders bedrohliche Arbeitslosigkeit, mangelnde Bereitstellung von Arbeitsplätzen, ungleiche Einkommensverteilung, Fehlinvestitionen besonders in der Verteilerstufe, verursacht durch unkontrollierte Selbstfinanzierung auf Kosten der Konsumenten und mangelnde Zusammenarbeit der wirtschaftspolitischen Instanzen im Bundesgebiet. Die SPD fordere daher: Korrektur der Fehlentwicklung und Bereitstellung von mindestens drei Millionen Arbeitsplätzen, damit die Lebensfähigkeit der Bundesrepublik bis zum Auslaufen des Marshallplanes sichergestellt werden kann.

Dazu sei nötig: Ausnutzung der brachliegenden Kapazitäten mittels Kreditschöpfung durch langfristige Schaudtitel der Öffentlichen Hand, der Realkredit-Institute und Versicherungen, Einsatz der Kreditmittel zur Exportfinanzierung, im Wohnungsbau, für Flüchtlingsunternehmen und zur Vorfinanzierung der Hausrate-, Aufbau- und Genossenschaftshilfe im Rahmen des Lastenausgleiches. Gleichzeitig sei ein besonderer Wirtschaftshaushalt aufzustellen, der eine Investitions- und Zahlungsbilanz für das Bundesgebiet enthalten müsse. Ein zeitlich in der Rangordnung wandelbares Investitionsprogramm müsse umfassen: den Wohnungsbau, die Landwirtschaft, den Seeschiffbau, Ausbau der See- und Binnenhäfen, die Bundesbahn, den Strassenbau, die Förderung der Nahverkehrsmittel und Versorgungsbetriebe und die Beseitigung der Engpässe in der gewerblichen Wirtschaft. In allen Wirtschaftszweigen seien Investitionsvorhaben zur Ausfuhrsteigerung besonders zu fördern. Der

Ausbau der Wirtschaft habe aber nach volkswirtschaftlichen Standortplanungen unter europäischer Sicht zu erfolgen, wobei dem Flüchtlingsausgleich bundesgesetzliche Grundlagen zu geben seien.

Voraussetzung für ein wirksames Arbeiten sei die Zusammenfassung aller zentralen Wirtschaftsinstanzen (Ministerien der Wirtschaft, des ERP, der Finanzen, des Wohnungsbaues, des Flüchtlingswesens, der Zentralbanken, Gewerkschaften und Unternehmerverbände) in einem Gremium, das ein volkswirtschaftliches Budget auszuarbeiten und seine Durchführung zu kontrollieren habe.

Steuerermässigungen sollen den Kleinsparer anregen und niedrige Zinsen die Investitionen fördern. Die Öffentliche Hand müsste sich beschränken auf Füllung reiner Investitionslücken und Kontrolle der Emissionen mit Hilfe eines Kapitallenkungsgesetzes. Preisauftriebstendenzen bei steigender Konjunktur müssten durch Beschränkung der Handelsspannen, Förderung der Konkurrenz, Regulierung der Nachfrage und Nachfragelenkung auf vermehrbare Güter der Inlandserzeugung begegnet werden.

Als wesentlicher Faktor der Vollbeschäftigungspolitik ist die Ausfuhr durch steuerliche Vergünstigungen, Exportkredite, Marktforschung und Auslandswerbung zu fördern und auch die Einfuhrpolitik neu zu orientieren. Die Liberalisierung des Aussenhandels erfordere Gegenseitigkeit und Einfuhrbegrenzung zum Ausgleich der Handelsbilanz. Dabei trete die SPD ein für eine europäische Zahlungsunion, freien europäischen Warenaustausch und eine gesamteuropäische Wirtschaftspolitik unter einer gemeinsamen demokratischen Autorität.

Dr. Hermann Veit wird sein Referat am Mittwoch halten. An der Annahme des obigen Vorschlages durch den Parteitag dürfte kaum zu zweifeln sein.